

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 24 (1983)
Heft: 2

Artikel: Jüngste Generation, längster Widerstand
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093515>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Laszlo Revesz
über die Zerschlagung
der polnischen
Jugendbewegung

Jüngste Generation, längster Widerstand

Die polnische Jugend ist still geworden. 1982 war sie die eigentliche Trägerin des öffentlich ersichtlichen Protestes gewesen. Jetzt hat man auch sie zum Schweigen gebracht.

Jahrzehntlang hatte die offizielle polnische Jugendbewegung einen «pluralistischen Charakter ohne Opposition». Für Schüler, Studenten, Jungarbeiter und Jungbauern gab es «eigene» Organisationen, die aber einem Dachverband unterstanden und gemäss Parteivorgaben funktionierten.

Vor dem Kriegszustand

In dieser Beziehung bedeutete die Periode vom 31. August 1980 bis zum 13. Dezember 1981 eine Ausnahme; in der Jugendbewegung trat der weltanschauliche und der politische Pluralismus auf; ein gefährlicher und unannehmbarer Zustand für die Hüter des Sozialismus.

In allen zuvor einheitlichen Jugendorganisationen war es bis zum Herbst 1981 zu Spaltungen und Zerfallerscheinungen gekommen. Die Ausnahme betraf charakteristischerweise den neuen und oppositionell ausgerichteten NZS (Verband

Unabhängiger Studenten). Die ideologische Front war zerbröckelt, und die Jugendkommission der Partei nannte im September 1981 ihre Wiederherstellung als wichtigste Aufgabe.

Der Partei entglitten auch die jüngeren Jahrgänge. Das galt insbesondere vom «Polnischen Pfadfinderbund» (ZHP), der ungeachtet seines Namens nach der Art der sowjetischen Pionierorganisation aufgezogen war und vor allem in den Mittelschulen viele Mitglieder hatte. Der damalige Vorsitzende dieser Organisation und gegenwärtige Jugendminister sagte im September 1981 in einem Interview:

«Die gegenwärtige Lage im ZHP spiegelt das wider, was bei uns im gesellschaftlichen Leben geschieht. (...) Der ZHP-Kongress von diesem Jahr hat die Unterschiede noch deutlicher gemacht. Den einen ist der Verband zu radikal, den andern zu konservativ. (...) Man macht ihm

Vorwürfe wegen seiner atheistischen Ausrichtung.»

In vielen Schulen entstanden Gegensätze zwischen dem Pädagogenrat und der organisierten Schülerschaft, die ihrem offiziellen Namen «Schülerautonomie» zum Unwillen der offiziellen Stellen plötzlich Ehre machte. Überall bildeten sich kleinere bis grössere oppositionelle Schülergruppen.

Auf Hochschulebene war insbesondere die relativ parteitreue Studentenvereinigung SZSP von mehreren Spaltungen bedroht. In ihrer Unzufriedenheit schlossen sich viele SZSP-Mitglieder den Studentenstreiks an, die der mit Solidarnosc verbündete NZS ausrief, die grösste studentische Organisation im Jahre 1981. Zur Durchführung erfolgreicher Aktionen war allein der NZS fähig, der sich von der Vormundschaft der Partei befreit hatte. Sympathien erwarb er sich auch durch die Ehrenamtlichkeit seiner Funktionäre, während der SZSP-Verband über einen grossen Apparat von bezahlten Leuten verfügte.

Streiks und Flugblätteraktionen organisierten ihrerseits die Gymnasiasten. So schrieb die zentrale Parteizeitung «Trybuna Ludu» am 20. November 1981: «Die Schüler der Lubliner Schulen sind zum Spielzeug der Solidarnosc-Leute geworden.» Auch anderswo machten die Schüler auf Initiative der unabhängigen Gewerkschaft eigene Protestaktionen.

Die unabhängig gewordene Jugend Polens ergriff sogar – ein Tabu im Sowjetlager – aussenpolitische Initiativen. So schlug der NZS vor, die (von Moskau geleitete und kontrollierte) «Internationale Studentenorganisation» müsse durch eine neue und tatsächlich repräsentative Vereinigung ersetzt werden. Zur Gründung wollte der NZS im Dezember 1981 in Warschau eine internationale Konferenz einberufen; dazu kam es nicht.

Nicht nur in Gewerkschaftskreisen, sondern auch in Jugendkreisen kritisierte man die offizielle



Angehörige der sicherheitsdienstlichen Sondertruppe ZOMO im Ausgangstunne mit Jugendlichen.

Aussenpolitik. Unmittelbar vor der Ausrufung des Kriegszustandes schrieb die Moskauer «Prawda»: «Einzelne Provokateure zweifeln sogar die heute bestehenden sowjetisch-polnischen Grenzen an und entstellen böswillig die Geschichte der Befreiung durch die Sowjetstreitkräfte.» (Auf die polnischen Anspielungen zum Bündnis der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland gegen Polen 1939 reagierte die Sowjetpresse vorsichtigerweise nicht.)

Über die polnischen Jugendaktionen mit zwischenstaatlichen Hintergründen veröffentlichte die Sowjetpresse (bestellte) Leserbriefe, um die «gerechte Empörung der Sowjetmenschen» darzutun, von der die Redaktionen berichteten. Die polnische Jugend wurde meist nicht frontal angegriffen, sondern als Zielobjekt der antisowjetischen Elemente dargestellt.

So machte Moskau verschiedentlich klar, dass es in Polen die Jugendbewegung so wenig dulden wollte wie die Gewerkschaftsbewegung. Dementsprechend umfassend war dann auch der sowjetisch befohlene Staatsstreich vom 13. Dezember 1981.

Nach dem 13. Dezember

Der in der Nacht auf den 13. Dezember ausgerufene Kriegszustand «suspendierte», zusammen mit andern Grundrechten von Verfassung und internationalen Verträgen, auch das Recht auf Vereinigung.

Zusammen mit den Gewerkschaftsverbänden suspendierte man zunächst sämtliche Jugendorganisationen. Später wurden drei von ihnen wie-

der zugelassen, ebenso dazu die Studentenorganisation SZSP mit ihrem partei-ingesetzten Apparat (am 13. März 1982). Demgegenüber wurde der oppositionelle Studentenverband NZS unter Berufung darauf, dass er seine Aktivitäten selbst unter dem Kriegszustand illegal fortgesetzt habe, vom Hochschulminister im Januar 1982 auch formell aufgelöst.

Im Januar 1982 begann die Jagd nach Jugendgruppen, die auch unter der Militärdiktatur noch aktiv geblieben waren, insbesondere durch Herstellung und Verbreitung von Flugblättern.

Ende April meldete die Presse, in Breslau habe man «die Zentralstelle zur Verbreitung illegaler Flugblätter liquidiert»; unter den Verhafteten befanden sich minderjährige Burschen. In Masowien (Region Warschau) hob man Ende März eine Untergrunddruckerei aus, wobei man Sonderverfahren gegen Lehrer und Schüler einleitete. In Bytom verurteilte man im April zehn Gymnasiasten wegen Flugblätterverteilung; für das gleiche Delikt erhielt eine junge Frau in Rzeszow acht Jahre Freiheitsstrafe usw.

Es zeigte sich im Verlauf des letzten Jahres, dass es vorwiegend Jugendliche waren, die ihre Opposition noch öffentlich manifestierten. Erwachsene Werktätige hatten zu viele Repressalien zu befürchten, insbesondere die fristlose Entlassung vom Arbeitsplatz (sie droht für Teilnehmer an Kundgebungen oder verbotenen Versammlungen auch heute noch; dafür sorgen die neuen Sondergesetze; siehe letzte Nummer).

Jeweils am 13. aller Monate pflegten die Jugendlichen auf Initiative der Untergrund-Solidarnosc verschiedene Demonstrationen durchzuführen. Solche gab es auch am 1. Mai, am 3. Mai (Ge-



«Grossmütterchen, im Märchen stimmt etwas nicht. Eine Katze kriegt doch keine Bezugsscheine für Schuhe.» («Szpilki», Warschau, 13.1.1983)

denktag für die erste polnische Staatsverfassung vom 3. Mai 1791) und am 31. August (in Erinnerung an den Gesellschaftsvertrag von 1980).

An diesen Tagen kam es jeweils vielerorts zu Strassenunruhen, an denen insbesondere Schüler und Jungarbeiter beteiligt waren, so z. B. in Mielce am 13. Mai. Am 13. Juni mussten die Ordnungskräfte in vielen Städten «intervenieren» und nahmen jeweils bis weit über hundert Personen fest; in Breslau wurden 50 Jugendliche in Sonderverfahren abgeurteilt.

Am 1. Mai organisierten junge Leute einigenorts «Gegenfeiern» zu den polizeilich abgeschirmten offiziellen Anlässen, und vor allem am 3. Mai kam es zu Grosskundgebungen von Jugendlichen. «Es ist bedauerlich», schrieb die Presse, «dass es unter den Festgenommenen so viele Jugendliche und Schüler gibt.»

Ihren Kulminationspunkt hatten die Demonstrationen am 31. August 1982. 300 Polizisten und Soldaten erlitten Verletzungen. Man nahm 5131 Demonstranten fest. 81 Jugendliche wurden verletzt, und 4 Jugendliche wurden auf der Strasse erschossen. Wofür der Innenminister nicht die schießende Polizei, sondern die «Urheber des verbrecherischen Aufrufs zur Demonstration» verantwortlich machte.

Die letzten grösseren Demonstrationen fanden am 10. und 11. November statt. In Warschau z. B. verhaftete man 472 Personen; 10 Polizisten und 8 Jugendliche mussten ins Spital eingeliefert werden. An den Unruhen waren etwa 1200 Studenten beteiligt. Etwas kleinere Zahlen von Verhafteten wurden aus Breslau, Krakau und andern Städten gemeldet. Die Universität Torun hatte man vorsorglich für eine Woche suspendiert; eine Studenten- und Schülerdemonstration fand trotzdem statt.

Der allgemeine Widerstand der Jugend in Polen äusserte sich nicht nur in Demonstrationen, sondern auch in der Bildung von vielen meist kleinen Oppositionsgruppen, die natürlich verboten waren.

Viele Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren sind wegen Teilnahme an illegalen oppositionellen



Rückzug in die innere Emigration?

Bild aus Polen-Kalender 1983, Westberlin.

Gruppen in verschiedenen Städten verurteilt worden. In Tschenschow etwa hob man im Juni eine «illegale Jugendorganisation» aus und nahm 17 Mitglieder im Alter von 15 bis 21 Jahren fest. In den Gymnasien beteiligten sich zuweilen auch junge Lehrer an den «illegalen Aktionen»; ein Lehrer an einem Agrartechnikum erhielt drei Jahre Freiheitsstrafe, weil er im Unterricht verbotene Schriften vorgelesen hatte.

Staat und Partei waren bemüht, hinter den verschiedenen Aktionen möglichst den Feind im Ausland zu finden. Demgegenüber erklärte ein parteiloser Abgeordneter im November 1982 vor dem Sejm: «Die ausländischen Agenturen (...) könnten einen solchen Massenwiderstand, einen solchen Protest der Gesellschaft gar nicht provozieren, und wenn sie sich auf den Kopf stellten. Weder die CIA noch irgendwelche andern dunklen Kräfte haben überhaupt die Fähigkeit, Tausende von Polen auf den Strassen zu mobilisieren.» (Die katholische Wochenschrift «Tygodnik powszechny», Krakau, 7. November 1982.)

Wiedergewinnungs- massnahmen

Nach Verkündung des Kriegszustandes wurden Professoren und Studenten vor der (verzögerten) Wiederaufnahme des Lehrbetriebes «geprüft» und mussten ein Gelöbnis ablegen. Man suspendierte die studentische Selbstverwaltung, während man Wissenschaftszirkel, Studentenklubs und Studentenheime der Kontrolle und Betreuung von speziell dazu ernannten Bevollmächtigten unterstellte. Zahlreiche junge Assistenten und Oberassistenten wurden entlassen. Auch an den Gymnasien wurde das Verhalten der Lehrer einer «Bewertung» unterzogen.

Am 20. September 1982 richtete der Minister für Unterricht und Erziehung einen Aufruf an die Lehrer, in dem eine stufenweise Wiederzulassung der «Schülerautonomie» angekündigt wurde, allerdings mit beschränkten Kompetenzen. Eingeführt wurde eine «Zusammenarbeit» zwischen Schulen und Armeeoffizieren, was natürlich militärische Kontrolle bedeutete.

Dem Regime war nicht einmal «seine» Studentenorganisation SZSP zuverlässig genug. Ihr hatten sich übrigens trotz grösstem Druck bis zum November je nach Universität nur 5 bis 30 Prozent der Studenten angeschlossen. Aber selbst diese beschränkte Auswahl war den Parteibehörden «zu passiv». Die Partei hat jetzt beschlossen, auf die Monopolstellung einer einzigen Studentenorganisation zu verzichten und zu dem Modell zurückzukehren, das vor dem 27. März 1973 bestanden hatte. Somit gibt es seit Ende 1982 wiederum drei Jugendorganisationen an den Hochschulen.

Die Militärdiktatur musste die Jugendprobleme mit administrativen und bürokratischen Mitteln lösen, weil die Überredungsversuche nichts fruchteten. Insbesondere gelang es nicht, die Jugend zur Mitwirkung an den neuen Organisationen der «Patriotischen Bewegung der nationalen Wiedergeburt» (PRON) und des «Staatsbürgerkomitees für nationale Erneuerung» (OKON) zu bewegen; die Mitgliederwerbung unter den jün-

geren Jahrgängen war ein eingestandener Misserfolg.

Man hat einen Jugendminister ernannt, und im September entstand ein Jugendkomitee beim Ministerrat aus 18 Ministern und Chefbeamten. Im Juni 1982 hatte die Regierung ein Aktionsprogramm zur Gewährleistung eines besseren Starts für Leben und Beruf verabschiedet. Durch allerhand Aktionen möchte man die Jugend aus ihrer «inneren Emigration» herausführen; mit diesem Ausdruck wird das Verhalten der Jugend in der polnischen Presse selbst bezeichnet.

Gleichzeitig will das Regime der Jugend ihre Widerspenstigkeit auch mit schärferen Mitteln austreiben. Das am 26. Oktober 1982 verabschiedete «Parasitengesetz» (siehe letzte Nummer) betrifft insbesondere und zum Teil exklusiv (in seinen Bestimmungen für Studenten und Schüler) die Jugend.

★ ★ ★

Seit Ende 1982 haben die Jugendunruhen in Polen aufgehört. Das Regime hat die Jungen zwar nicht gewinnen können, aber einstweilen hat es sie besiegt. ■

Menschenrechte Volksgruppen Regionalismus

Festgabe für Herrn Prof.R.A.Dr. Theodor Veiter zum 75. Geburtstag. Herausgegeben von Prof.Dr. Franz H. Riedl. Band 6 der Reihe: BAUSTEINE ZUR ETHNOPOLITISCHEN FORSCHUNG. 1982. 282 Seiten. Kartoniert. öS 380,-, DM 55,-.

Dieses Werk vereint 23 Beiträge, die - in einem weiten Bogen von Verfassungsfragen über ethnische Probleme zur Kulturpolitik reichend - eines gemeinsam haben: sie kreisen alle um die zunehmend aktuellen Probleme des Regionalismus als Instrument einer zeitgemäßen Volksgruppenpolitik und des menschenrechtlichen Minderheitenschutzes.

Die Beitragsverfasser:

Hans Klecatsky, Peter Pernthaler, Felix Ermacora, Erich Körner, Heinz Kloss, Wolf In der Maur, Herbert Kraus, Guy Héraud, Christoph Pan, Karl Mitterdorfer, Valentin Inzko, Alfred Bohmann, Tore Modeen, Jean Traber, Rudolf Hilf, Milan S. Durica, Wilfried Schlaw, Thomas Spira, Rudolf Grulich, Yvo J.D. Peeters, Roland Riz, Enrico Lapenna, Arnulf Benzer.

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung !

Erschienen bei:

WILHELM BRAUMÜLLER
Universitäts-Verlagsbuchhandlung GmbH.
A-1092 Wien · Servitengasse 5